

BastA!

Basels starke Alternative

Jahresbericht 2021

Impressum: Jahresbericht 2021. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint 1x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Patrizia Bernasconi, Mike Gosteli, Miriam Wieteska-Zimmerli, Sina Deiss, Franziska Stier, Tonja Zürcher | Druck: Phönix Basel

Inhaltsverzeichnis

1 BERICHT DES CO-PRÄSIDIUMS	4
2. BERICHT DES VORSTANDS	6
2.1 Thematische Schwerpunkte.....	6
Gedanken zur Pandemie	6
Klima	6
Soziales	7
Repression: ein Dauerbrenner.....	9
Internationales	10
Tatsächliche Gleichstellung	11
2.2 Veranstaltungen.....	12
Klassismus Workshop	12
Haus der Politik.....	12
Grün-alternatives Sommerfest	13
Rot-Rot-Grünes Wahlfest	13
2.3 Arbeitsgruppen	13
AG Bildung	13
AG Migration	13
AG Klima	13
AG Mobilität	14
AG Umverteilung	14
2.5. Was sonst noch geschah	14
2.6 Mitgliederentwicklung	15
2.7 Finanzen.....	15
3 RÜCKBLICK AUF DAS GROSSRATSJAHR 2021.....	16
4. BERICHT AUS DEM EINWOHNERRAT RIEHEN.....	18

1 BERICHT DES CO-PRÄSIDIUMS

Auch das zweite Pandemiejahr stand unter dem Stern des stillen aber intensiven Arbeitens, der Wechsel und Wandlungen. Wie auch im letzten Jahr konnten viele der geplanten Veranstaltungen nicht oder nur online durchgeführt werden. Wir haben uns zwar eingespielt, die meisten Versammlungen, Veranstaltungen und Mitgliederanlässe online durchzuführen, daran gewöhnt haben wir uns aber nicht. Je länger die Pandemie anhielt, desto stärker wurde der Wunsch, sich auch wieder in Präsenz zu sehen, die Diskussionen und Gespräche an einem Tisch gemeinsam zu führen und nicht zu Hause über dem Bildschirm.

Nach dem letzten sehr intensiven Jahr, welches vor allem durch die Gross- und Regierungswahlen geprägt war, nutzten wir die Zeit unsere BastA! Neustrukturierung zu diskutieren und umzusetzen, mit welcher wir 2019 bereits begonnen hatten. Es holpert noch, aber viele der angedachten Erneuerungen sind bereits am Laufen und am "sich einspielen". Ziel ist es, das Know How und die Power unserer Mitglieder wirksamer einzubinden und die Partizipation innerhalb der Partei zu verbreitern. Mehr dazu erfahrt ihr im Bericht des Vorstandes.

Im Frühjahr beschäftigte uns zentral die Abstimmung für einen kantonalen Mindestlohn, da dies ein Kernanliegen unserer Partei ist und wir massgeblich zur Lancierung der Initiative beigetragen haben. Auch arbeiteten wir im Bündnis mit türkischen und kurdischen Frauen am Widerstand gegen den Austritt der Türkei aus der Istanbulkonvention.

Im August gab es einen Wechsel im Co-Präsidium. Heidi Mück hat an der Mitgliederversammlung nach sieben Jahren ihr Amt als Co-Präsidentin niedergelegt. Heidis Einsatz als Co-Präsidentin galt immer denjenigen, die oft nicht mitgedacht werden. Seit sie Politik macht, zeigt sie, dass sie ein offenes Ohr für alle hat, sich nicht scheut, auch schwierige Themen aufzugreifen und sich dafür stark zu machen. Wir danken Heidi herzlich für ihren ausserordentlichen Einsatz und die wunderbare Zusammenarbeit. Als Präsidium sind wir froh, dass uns Heidi Mücks Engagement und ihre politische Erfahrung als Grossrätin und als Mitglied des Vorstandes erhalten bleibt.

Neu ins Co-Präsidium gewählt wurde Miriam Wieteska-Zimmerli. Seit August arbeiten wir nun zusammen im Co-Präsidium, begleiten die Abstimmungskampagnen und sagen "was ist". Neben der Öffentlichkeitsarbeit kamen auch

einige partei-interne Prozesse dazu, die wir begleitet haben, wie die Wahl der Richter*innen, der Schulkommissionsmitglieder und Schulrät*innen sowie die Strukturierung und Diskussion mit unseren Bündnispartner*innen der Grünen Basel-Stadt und unserer Jungpartei junges grünes bündnis nordwest. Auch trafen wir uns mit Vertreter*innen der HDP, um über die politische Lage in der Türkei zu sprechen, erarbeiteten federführend Positions- und Diskussionspapiere zur Frage der Steuergerechtigkeit und der Covid-Situation. Wir sahen uns zunehmend in der Verantwortung hier Position zu beziehen. Dabei ging es einerseits darum auf die Struktur der Massnahmen aufmerksam zu machen, die vorwiegend Menschen mit geringem Einkommen und prekärer Lebenssituation treffen und andererseits auch darum sich von destruktiven und rechts-offenen Corona-Leugner*innen zu distanzieren. Schlussendlich unterzeichneten wir gemeinsam mit anderen kantonalen Partei-Präsidien einen Aufruf für die Annahme des Covid-Gesetzes. Nahmen aber zugleich Bedenken und problematische Alltagssituationen, die die Pandemie-Massnahmen generierten in die politische Arbeit auf. Zum Jahresende führten wir zudem mit den Riehener*innen die Wahlen für den Einwohnerrat. (Mehr dazu im Bericht Riehen)

Sina Deiss & Miriam Wieteska-Zimmerli

2. BERICHT DES VORSTANDS

Auf unserer Jahresversammlung haben wir unsere Strukturen erneuert, um als Partei handlungsfähiger und partizipativer zu werden. Die Statutenrevision hat das Ziel Koordinationsitzungen etwas von "Kleinkram" zu entschlacken und mehr Platz für fundierte Diskussionen zu schaffen. Dazu wurde ein Vorstand gegründet, der vermehrt operative Kompetenzen hat, um nicht alle Details auf Koordinationsitzungen zu besprechen. Die Expertise, die innerhalb der Arbeitsgruppen besteht und entsteht, soll in die Koordinationsitzungen hineingetragen werden. Zum aktuellen Zeitpunkt lässt sich zwar sagen, dass diese Erneuerung mit Schwung begonnen hat, doch gewohnte Pfade zu verlassen auch nicht nur leicht fällt.

2.1 Thematische Schwerpunkte

Gedanken zur Pandemie

Über diesen Zeitraum beschäftigte viele von uns die Pandemie – privat als auch politisch. Während die Einschränkungen notwendig erschienen, um die physische Gesundheit vulnerabler Personengruppen sicher zu stellen und eine Überlastung in den Spitälern zu verhindern, sahen wir aber zunehmend, wie die Pandemie vor allem an unserer psychischen Gesundheit nagte. Besonders Jugendliche und junge Erwachsene litten sehr. Während ihnen auf der einen Seite viele Möglichkeiten verwehrt wurden sich in ihrer Freizeit zu betätigen, blieben auf der anderen Seite Lernstress und Prüfungsdruck bestehen und verschlimmerten sich aufgrund der erschwerten Bedingungen zum Teil noch zusätzlich. Wir haben uns auch intensiv mit der Corona-Situation auseinandergesetzt und ein internes Positionspapier verabschiedet. Ausserdem haben wir uns an den zwei Abstimmungsvorlagen zum COVID-Gesetz beteiligt.

Klima

In der Berichtsperiode beteiligten wir uns vereinzelt an der Arbeit des Initiativkomitees Basel2030. Der Gegenvorschlag der Regierung Basel bis 2040 klimaneutral zu gestalten erscheint uns in Anbetracht der drohenden globalen Gefahr mutlos und ungenügend. Gleichzeitig sagt er noch zu wenig darüber aus, wie die Klimagerechtigkeit auch sozial gestaltet werden kann. Hier werden wir dran bleiben.

Auch die zwei Abstimmungen zur Trinkwasserinitiative und zur Pestizidinitiative haben uns sehr beschäftigt. Beides waren wichtige Initiativen hin zu einem ökologischen Umbau unserer Gesellschaft, die leider beide nicht von der Stimmbevölkerung angenommen wurden. Desweiteren galt unser Engagement dem erneuerten CO₂-Gesetz. Auch wenn es eher ein schwaches Gesetz mit grossen Lücken war, wäre es doch ein richtiger Schritt gewesen, wenigstens im Bereich der Heizungen die in Paris vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Leider scheiterte auch diese Abstimmung vor dem Stimmvolk.

Nun zum Positiven: Zum dritten Mal in Folge lehnte die Basler Bevölkerung eine Initiative der Autolobby ab und sagte klar Nein zu einer noch stärkeren Subventionierung von Parkplätzen auf öffentlichem Boden. Die grünere Gestaltung des Hörnli-Friedhofvorplatzes wurde knapp abgelehnt. Die städtische Bevölkerung hätte aber ja gesagt. Wir machen weiter mit der Umgestaltung der Strassenräume zu Lebensräumen.

Um wichtige Lebensräume ging es auch bei dem neuen Gesetz der Freizeitgärten. In der aktuellen Klima- aber auch während der Coronakrise zeigt sich der enorme Wert der Freizeitgärten für viele Menschen in Basel. Sie sichern nicht nur Biodiversität und kühlen das Stadtklima, sondern sind auch ein Ort des Austauschs und der Freizeitbeschäftigung. Daher ist es an der Zeit über den offensiven Schutz der Gartenanlagen zu sprechen. Freizeitgartenparzellen wurden wegen verschiedener Planungen abgebaut. Beispielsweise am Walkeweg wo das Areal komplett zerstört wurde. BastA! forderte in ihrer Vernehmlassungsantwort zum Freizeitgartengesetz, dass Vorstände und Pächter*innen in die Entwicklungsprozesse zur Öffnung der Freizeitgärten, aber auch betreffend Weiterbildungen zu Biodiversität oder Permakultur einzubeziehen sind.

Soziales

2021 beschäftigte uns politisch vor allem die **Mindestlohninitiative**, die einen kantonalen Mindestlohn von 23.- Franken zum Ziel hatte. Regierung und Parlament präsentierten einen Gegenvorschlag von 21.- Franken, der zudem von zahlreichen Ausnahmeregelungen gezeichnet ist. Strategisch stellten sich zu diesem Zeitpunkt zwei Fragen: Einerseits war es wichtig als erster Deutschschweizer Kanton einen Mindestlohn einzuführen, insofern erschien der Gegenvorschlag als Spatz in der Hand. Gleichzeitig stellt die Lückenhaftigkeit des Gegenvorschlags, die unter anderem MindestlohnAusnahmen für Gesamtarbeitsverträge im Tieflohnsektor vorsieht, Gewerkschaften vor grössere Probleme. Wir beschlossen die 2x Ja-Parole mit Stichfrage für die Initiative. In der Juni-Abstimmung setzte sich schliesslich der Gegenvorschlag von 21.- Franken durch.

Neben der Mindestlohninitiative setzten wir uns gewerkschaftspolitisch auch für die **Pflegeinitiative** ein, die im Kern zunächst den Fachkräftemangel thematisierte, aber im Zuge der Pandemie auch konkrete Lösungen für die eklatanten Probleme des Gesundheitsbereichs aufzeigte. Die Initiative forderte eine Ausbildungs-offensive, bessere Arbeitsbedingungen und Anpassung der Stellenpläne mit genügend Pflegepersonen, die entsprechend ihrer Ausbildung und Kompetenzen eingesetzt werden. Die Annahme der Pflegeinitiative ist ein erster Schritt zur dringend notwendigen Verbesserung der Arbeitssituation des Pflegepersonals.

Auf der Ebene der Stadtentwicklung, die eng an die soziale Frage gekoppelt ist, engagierten wir uns in der **Wohnschutzabstimmung** „Ja zum echten Wohnschutz“ im November mit einer eigenen Kampagne. Neben der Türhängeraktion, die auch die Pflegeinitiative thematisierte, produzierten wir Aufkleber und organisierten Aktionstage mit einem riesigen, aufblasbaren Hai unter dem Thema: „Miethaie zu Fischstäbchen“. Die Annahme der Wohnschutzinitiative ist ein riesiger Erfolg für das breit aufgestellte Bündnis. Drei Jahre nach der legendären 4x Abstimmung zum Wohnschutz und Recht auf Wohnen, wird der Wohnschutz nun endlich umgesetzt.

Die 99%-Initiative (Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern) war ebenfalls ein sozialpolitisches Anliegen, ging schweizweit jedoch deutlich verloren. Auf kantonaler Ebene verloren wir mit 52% relativ knapp und errangen in der Stadt Basel sogar eine knappe Mehrheit mit 50.7%. Wir sehen das als gute Grundlage, um im Bereich der Steuergerechtigkeit noch stärker aktiv zu werden.

Unter dem Titel der «Vereinfachung und Liberalisierung der Blockrandvorschriften zur Förderung der inneren Verdichtung» wollte der Regierungsrat den Abbruch von Wohnhäusern und den Bau von Ersatzneubauten weiter fördern. Es wurde einmal mehr deutlich, dass «Verdichtung» zu einem Deckmantel für die Förderung von Abbruch und Neubau geworden ist. Durch die Zerstörung von Bausubstanz gehen viel graue Energie, bezahlbare Wohnungen und der Charakter der Quartiere verloren. Der Vorschlag der Regierung wirkt daher wie aus der Zeit gefallen. BastA! forderte deshalb in ihrer Vernehmlassungsantwort ein Umdenken! Ins Zentrum der Stadtentwicklung gehören Klimaschutz, Recht auf Wohnen, Wohnschutz und identitätsstiftende Quartiere statt blinde Bauwut.

Deutlich schwieriger sah es in der Frage des Bettelverbots aus, das uns im letzten Jahr einige Monate beschäftigte. Die Abschaffung des Bettelverbots war für uns bereits in der Vernehmlassung des Übertretungsstrafrechts 2017 von zentraler Bedeutung, weil Bettelverbote eine zusätzliche Diskriminierung Armutsbetroffener mit sich bringen und menschenrechtswidrig sind. Uns gelang die Streichung des Bettelverbots in der November-Abstimmung 2019. Der Beginn der Corona-

Pandemie und die gleichzeitige Aufhebung des Verbots brachte spürbar mehr bettelnde Menschen nach Basel. Die Rechten nutzten das für eine enorme Empörungsbewirtschaftung, die zu heftigen klassistischen und rassistischen Anfeindungen führte, die sich auch in Gewalt gegen Armutsbetroffene ausdrückten. Der Grosse Rat stimmte schliesslich für ein erweitertes Bettelverbot, gegen das unter unserer Beteiligung ein Rekurs eingereicht wurde. Ein umfassendes Bettelverbot widerspricht den Menschenrechten. Schlussendlich werden nun Gerichte darüber entscheiden, ob der Basler Weg menschenrechtskonform ist oder nicht. Wir bezweifeln es sehr.

Grosse Hoffnung hatte BastA! in das Partizipationsgesetz gesteckt. Grundsätzlich sieht die Kantonsverfassung eine Mitwirkungsmöglichkeit insbesondere bei Stadtentwicklungsfragen vor, die in der Vergangenheit nur sehr wenig genutzt werden konnte. Das Partizipationsgesetz hätte diesen Mangel beheben können, der Vorschlag der Regierung ist jedoch schwach und mutlos. Unsere Kritik konnten wir an der Vernehmlassungsantwort anbringen. Unser Standpunkt war, dass zwar vereinzelt Klarheit geschaffen wird, beispielsweise durch die Definition der Abläufe, doch das genügt bei weitem nicht. Unter Mitwirkung verstehen wir die Ermöglichung echter und verbindlicher Mitbestimmung der Bevölkerung – unabhängig ihrer Herkunft und Bürgerrechte. Diese Vorlage ist aber eine verpasste Chance. Stärkere Identifikation der Einwohner*innen mit der Stadt Basel kann nur erreicht werden, wenn die Menschen wirklich ernst genommen werden. Es müssen Gefässe entwickelt werden, die die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen. Dazu gehören nicht nur Migrant*innen, sondern auch Jugendliche und Senior*innen. Wir brauchen eine Stadtentwicklung, die nicht nur die Ideen von Architekt*innen mitdenkt, sondern auf die Bedürfnisse aller eingeht.

Repression: ein Dauerbrenner

Repression richtete sich im Jahr 2021 nicht nur gegen Armutsbetroffene. Das Jahr 2021 war das erste Jahr der neuen Leiterin des Justiz- und Sicherheitsdepartements Stephanie Eymann. Einer ihrer ersten Schritte war der Versuch Klarheit in das Bewilligungswesen für Demonstrationen zu bringen. Dieser Versuch kann als gescheitert betrachtet werden. Einerseits, weil der neue Leitfaden mehr Verunsicherung als Klarheit schafft, andererseits, weil er mit einer Verschärfung der gelebten Bewilligungspraxis einherging. Auch die Baselnazifrei-Prozesse gingen weiter. Ein E-Mail Verkehr, der im Frühjahr veröffentlicht wurde, legt den Verdacht versuchter Absprachen unter den Gerichtspräsidien nahe. BastA! forderte hier eine lückenlose Aufklärung. Zum Jahresende wurde Videomaterial des Polizeieinsatzes während der Baselnazifrei-Demonstration veröffentlicht, das weitere Fragen zum Ablauf der Eskalation der Baselnazifrei Demonstration 2018 aufwirft und die

Gewalt sowie die hohen Strafen in einem noch fragwürdigeren Licht erscheinen lässt.

Auch im Nachgang der 8. März Demonstration kam es zu einem übermässigen Polizeieinsatz gegenüber jungen Demonstrationsteilnehmer*innen.

Auch der feministische Streik 2020 hinterliess einen faden Beigeschmack. 2020 wurden Aktivist*innen auf der Johanniterbrücke von der Kantonspolizei eingekesselt. Der Vermittlungsversuch unserer Nationalrätin führte schliesslich dazu, dass die kantonale Staatsanwaltschaft einen Immunitätsaufhebungsantrag gegen sie stellte. Anfang September lehnte die Immunitätskommission den Antrag deutlich ab und stärkte damit demokratische Prinzipien. An anderer Stelle laufen jedoch immer noch Verfahren gegen Demoteilnehmende.

Die Stimmbevölkerung musste im März darüber entscheiden, ob schweizweit ein Verhüllungsverbot eingeführt werden soll. Die aus der rechten Ecke kommende Initiative machte gezielt Stimmung gegen Muslim*innen und dies leider sehr erfolgreich, denn die Initiative wurde angenommen. Diese Initiative verstösst gegen Werte, die heute in der Schweiz von grosser Bedeutung sind, wie die Rechte der Frauen, Gleichstellung, Selbstbestimmungsrecht und sie widerspricht einer liberalen Gesellschaftsordnung.

Internationales

Im März stimmten wir über das Freihandelsabkommen der europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) mit Indonesien ab. Dieses Abkommen galt es zu bekämpfen, denn es versprach Nachhaltigkeit, aber mit einer Politik, die langfristig Menschen und Umwelt schadet. Leider wurde diese Abstimmung verloren, trotz grossem Engagement. Einmal mehr verteidigten Wirtschaftsliberale ihr Recht Länder wie Indonesien skrupellos auszubeuten. Mit der Annahme sind weitgehenden Abbau der Zölle sowie Ausweitungen der Bestimmungen zum Schutz geistigen Eigentums und von Investitionen nun in diesem Freihandelsabkommen zementiert.

Auf internationaler Ebene beschäftigte uns weiterhin die Situation in der Türkei. Wir veranstalteten daher ein Haus der Politik, das sich mit der kurdischen Frage und der HDP beschäftigte und trafen uns im Dezember mit einer Delegation der HDP in Bern.

Im Sommer spitzte sich auch die Situation im Nordirak zu. Sodass eine Delegation aus Journalist*innen, Politiker*innen und Zivilbevölkerung nach Erbil reiste. Ziel der

Delegation war einerseits drohende innerkurdische Konflikte zwischen der kurdischen Befreiungsbewegung und der KDP zu beseitigen, andererseits die völker- und menschenrechtswidrigen türkischen Angriffe bspw. auf das Flüchtlingslager Machmur zu beobachten. Die Delegation wurde einerseits von der Deutschen Bundesregierung mit der Begründung die Ausreise der Personen würde deutsch-türkische Interessen gefährden, blockiert. Ein anderer Teil, zu dem unsere Parteisekretärin gehörte, wurde in Erbil ohne Angabe von Gründen festgesetzt und später abgeschoben.

Auf anderer Ebene thematisierten wir auch die #unblockCuba Kampagne. Mehrere Banken sperren Geldtransfers, die an Kuba oder kuba-solidarische Organisationen gerichtet sind. Unsere Grossrätin Beatrice Messerli machte einen entsprechenden Vorstoss und wurde daraufhin von der kubanischen Botschafterin zu einem Gespräch eingeladen.

Tatsächliche Gleichstellung

Im September konnten wir einen wichtigen Erfolg mit der Einführung der Ehe für alle feiern. Aus linker feministischer Sicht gibt es durchaus gute Gründe, die Institution Ehe als ein Relikt des Patriarchats zu verstehen, das es abzuschaffen gilt. Aber mit der Einführung der Ehe für alle ging es in erster Linie darum, eine gesetzliche Gleichberechtigung der gleichgeschlechtlichen Liebe zu erreichen. Denn der bisherige Ausschluss gleichgeschlechtliche Paare aus der Ehe implizierte, dass das Bedürfnis nach Bestätigung und Schutz intimer Beziehung als menschliche Wesen weniger Aufmerksamkeit verdient und es bedeutete, dass ihnen eine geringere Fähigkeit zu lieben, sich zu binden und Verantwortung zu übernehmen zugestanden wird, als heterosexuellen Paaren. Mit der Einführung der Ehe für alle ist ein erster wichtiger Schritt in Richtung Gleichstellung getan. Aber bis zur tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter ist es noch ein weiter Weg.

Weite Teile unseres politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems wurde von Männern für Männer errichtet und nur langsam öffnet sich der Blick für andere Lebensrealitäten und Wahrnehmungen. Dies hat auch die Stadt Basel erkannt und das Gleichstellungsgesetz überarbeitet und zur Vernehmlassung geschickt. Wir haben viel Zeit in die Beantwortung der Vernehmlassung gesteckt und intensive Diskussionen geführt. Wir waren uns einig, dass die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt und LGBTIQ-Anliegen sich nicht auf Sprache und Quotierung beschränken darf, sondern die Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen im gelebten Alltag beseitigt werden müssen. Beispielsweise bei der Stadtentwicklung und Verkehrsplanung, bei der der stereotyp männliche

Lebensentwurf noch immer massgebend sind. BastA! forderte deshalb - ergänzend zur bescheidenen Erweiterung des Abteilung Gleichstellung - in allen Departementen konkrete Zuständigkeiten mit entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen. Hier braucht es zudem ein Gender-Budgeting, das positive und negative Auswirkungen politischer Entscheide auf die Geschlechtergerechtigkeit sichtbar macht.

Auch am 14. Juni waren wir mit einem BastA!-Block an der wunderbaren Demo in Basel vertreten.

2.2 Veranstaltungen

Schon kurz nach dem 8. März wurde bekannt, dass sich die Türkei aus der Istanbulkonvention zurückzieht. Gemeinsam mit anderen Organisationen in Basel organisierten wir einen Trauermarsch. Am 17. April beteiligten wir uns mit einer Kreativstation am March against Bayer und Syngenta. Auch am 1. Mai und am Tag der Pflege waren wir gemeinsam mit den Gewerkschaften auf der Strasse – für einen anständigen Mindestlohn und Arbeitsbedingungen, die die Pflege und Sorgearbeit zulassen. Am Strike4future begrünten wir den Messeplatz für kurze Zeit und gingen später mit vielen anderen an die gemeinsame Demonstration.

Klassismus Workshop

Aus der Arbeitsgruppe Umverteilung entstand die Idee sich intensiver mit Klassenfragen zu beschäftigen. Uns fiel auf, dass es auch in urbanen und fortschrittlichen Kreisen immer wieder zu einer Art kulturellen Verachtung für Menschen kommt, deren Leben von Prekarität gezeichnet ist. Aus diesem Grund wollten wir uns reflektierend im Rahmen des Workshops mit der eigenen Biographie-Analyse, der eigenen Verortung innerhalb des sozio-kulturellen Spannungsfelds widmen.

Haus der Politik

Im September führten wir im Rahmen einer Solidaritätswoche mit der HDP ein Haus der Politik durch. Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist es über unseren Mitgliederkreis hinaus gesellschaftliche Themen zu besprechen. Daher luden wir Leyla Imret (HDP Bürgermeisterin von Cizre) und Kerem Schamberger ein, um über die Situation der kurdischen Bevölkerung im nahen Osten zu informieren.

Grün-alternatives Sommerfest

Im August fand das erste grün-alternative Sommerfest im Sonnenbad Margarethen statt. Gemeinsam mit den Grünen Baselland, den Grünen Basel-Stadt und dem jgb organisierten wir ein gelungenes Fest, das trotz regnerischem Wetter für gute Laune und Stimmung sorgte. Es soll das nächste Jahr wiederholt werden.

Rot-Rot-Grünes Wahlfest

Nach mehreren coronabedingten Absagen konnte im September endlich das gemeinsame Wahlfest des GAB mit der SP stattfinden. Bei gutem Wetter, tollem Essen und toller Musik von unseren Partei-DJs konnten wir unseren Wahlerfolg endlich in der Aktienmühle feiern.

2.3 Arbeitsgruppen

AG Bildung

Aufgrund des Wahlerfolgs 2020 konnten wir für diese Amtsperiode neue Schulrats- und Schulkommissionsmandate besetzen. Die Arbeitsgruppe hat sich Mitte 2021 mit einigen neuen Gesichtern konstituiert. Das nächste grössere Thema wird die Diskussion um die Kleinklasseninitiative aus pädagogischer UND inklusiver Perspektive sein.

AG Migration

Die Arbeitsgruppe Migration beschäftigt sich vorwiegend mit dem Einbürgerungsverfahren und hatte nach fundierter inhaltlicher Diskussion für Jahresende einige Info-Veranstaltungen für Menschen ohne Schweizer Pass geplant, die coronabedingt verschoben werden mussten, aber zu Jahresbeginn 2022 erfolgreich angelaufen sind.

AG Klima

Die AG Klima hat sich zentral mit der Frage der grauen Energie beschäftigt und über das Jahr an Vorstössen für den Grosse Rat gearbeitet, die als Teil eines Vorstosspakets eingereicht wurden. Im Zentrum der Diskussion steht substanzerhaltendes, klimaschonendes Bauen.

AG Mobilität

Die Arbeitsgruppe Mobilität hat über den Sommer ein Diskussionspapier erarbeitet, das die Frage der Neuverteilung des öffentlichen Raums aufwirft. Auf der Mitgliederversammlung vom 18. August wurde es ausführlich diskutiert und mit kleinen Änderungen auf der folgenden Koordination verabschiedet.

AG Umverteilung

Die AG Umverteilung hat zu Beginn verschiedene Projekte anvisiert und sich generell Umverteilungsfragen gewidmet. Aus dieser Gruppe entstand schliesslich auch eine Diskussion zum Thema Klassismus bzw. Diskriminierung aufgrund der Klassenzugehörigkeit, die in einem kleinen Workshop mündete. Im Verlauf des Jahres fokussierte die Arbeitsgruppe stärker auf ökonomische Umverteilungsprozesse und diskutiert mögliche Initiativprojekte, wie die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer.

2.5. Was sonst noch geschah

Gesundheitssituation im Bundesasylager

Die Gesundheitssituation im Bundesasylager spitzte sich mit den hohen Infektionsraten zu. Bewohner*innen wurden trotz positiver Corona-Test Ergebnisse weiter mit negativ getesteten Personen untergebracht. Gemeinsam mit Rota - Migrantische Selbstorganisation und PdAS Basel organisierten wir daher eine Medienkonferenz und es wurde eine Interpellation mit kritischen Fragen an den Regierungsrat eingereicht.

Gerichtswahlen

Aufgrund des Wahlerfolgs 2020 konnten wir als Grün alternatives Bündnis die Zahl der Gerichtsmandate erhöhen. Unter Leitung des Vorstands wurden mehrere Gespräche mit geeigneten Kandidierenden geführt und an der Koordinationssitzung nominiert. Die Kandidierenden mussten sich anschliessend in einer zweiten Runde vor der Gerichtskommission des Grossen Rats Basel-Stadt beweisen. Insgesamt errangen wir dabei drei neue Mandate und konnten vier bisherige Mandate verteidigen.

2.6 Mitgliederentwicklung

Wir konnten im Berichtsjahr 14 Neumitglieder begrüßen und mussten 5 Austritte zur Kenntnis nehmen.

2.7 Bericht Finanzen

Werden an Jahresversammlung vorgelegt.

3 Rückblick auf das Grossratsjahr 2021

Die Wahlen 2020 waren ein grosser Erfolg für BastA! Wir haben zwei zusätzliche Sitze, mit den Grünen und JGB haben wir insgesamt 4 Sitze gewonnen. Mit 18 Sitzen wurden wir zudem die zweitstärkste Fraktion im Grossen Rat. So starteten wir Anfang 2021 mit einem neuen Namen in die neue Legislaturperiode: Nicht mehr "Grünes Bündnis", sondern "Grün-Alternatives Bündnis". Für uns war der neue Fraktionsname sehr wichtig, weil wir als BastA!, als alternative Kraft neben den Grünen besser sichtbar sind. Wir haben uns nicht nur einen neuen Namen gegeben, sondern auch neue Strukturen: Da die Fraktion recht gross geworden ist, wird sie nun von einem Präsidium geleitet, das aus einer Präsident:in und zwei Vizepräsident:innen besteht. Gemäss der vereinbarten Rotation war BastA! an der Reihe, das höchste Fraktions-Amt einzunehmen. Wir haben Tonja nominiert, die dieses Amt nun (immer noch) mit Verdienst und Verantwortung ausübt.

Das Corona-Virus hat es uns nicht leicht gemacht, unsere Arbeit im Grossen Rat aufzunehmen. Anfangs waren Fraktionssitzungen nur per Zoom möglich, und die Sitzungen des Grossen Rates fanden in dem anonymen und geräumigen Konferenzzentrum statt. Die räumliche Distanz ermöglichte es zwar, unsere politische Arbeit in einem sicheren Umfeld zu leisten, war aber für das Klima in der Fraktion und das gegenseitige Kennenlernen eine Herausforderung. Mit der eintägigen Klausurtagung in September hat sich die Situation verbessert. Wir haben dann die Prioritäten für die kommenden Jahre erarbeitet, und wir haben auch Arbeitsgruppen gegründet, die die Arbeit der Fraktion begleiten und neue Vorstösse vorbereiten. Ein Beispiel ist das Vorstosspaket "Graue Energie", das von der Arbeitsgruppe Bau- und Raumplanung, in der Tonja Zürcher und ich mitarbeiten, im Jahr 2021 initiiert und im März 2022 gemeinsam mit der SP und der GLP vorgelegt wurde.

Trotz Corona: Im Grossen Rat wurden viele wichtige Themen diskutiert. Hier eine kleine Auswahl: Ebenfalls in der alten Legislatur, im Januar, wurde der Bericht der WAK zum Gegenvorschlag zur Initiative "Kein Lohn unter 23.-", mitinitiiert von BastA!, viel diskutiert. Im Februar wurden alle Kommissionen und Ämter besetzt. Hinzu wurde das zweite Paket über Mietzinshilfen wegen der Pandemie an dem Regierungsrat überwiesen. Die Umgestaltung rund um den Hörnlifriedhof wurde im

März kontrovers diskutiert. Im April stand das Hochhaus auf der Heuwaage auf der Tagesordnung, und wir waren die einzige Fraktion, die sich dagegen aussprach, da die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Verringerung der CO₂-Emissionen in dieser Planung kaum Erwähnung fanden. Im Mai war das Bedrohungsmanagement an der Reihe, das innerhalb der Fraktion, aber auch unter den Mitgliedern von BastA! zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen führte, denn einerseits ging es um die seit langem geforderte Gewaltprävention, andererseits um die Einschränkung von Grundrechten und die Sammlung von Daten auf Vorrat. Die Juni-Sitzung wurde von der unsäglichen Diskussion über das Bettelverbot beherrscht. Im September wurde darüber abgestimmt, die Initiative "Ja zu echtem Wohnraumschutz" direkt dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Im Oktober wurde der Ausbau der Fernwärme genehmigt, ein grosses Geschäft, das im Nachhinein einige Unklarheiten über die Energiepreise offenbart. Im November wurde der Bericht zur Initiative "Grundrechte der Primaten" vom Grossen Rat angenommen und die Initiative zur Abstimmung gebracht.

Trotz Corona: Wir sind nicht untätig geblieben. Wichtige Anliegen, wie die Motion von Oliver Bolliger über ein Stadthotel gegen Obdachlosigkeit, gingen zur Umsetzung an den Regierungsrat. Dies ist ein grosser Erfolg. Ebenfalls an den Regierungsrat überwiesen wurde die Motion von Tonja Zürcher zur Überprüfung und Ausweitung der städtischen Obdachlosenhilfe, unabhängig von Meldekanton und Wohnsitz. Der Grosse Rat überwies die Motion von Beat Leuthardt zum Rettungspaket Dreidrittel II (wegen dem zweiten Lockdown) an den Regierungsrat. Dies wurde sofort umgesetzt. Auch die Motion von Beatrice Messerli zu Pilotprojekten zur Steigerung der Attraktivität der Berufsmaturität muss vom Regierungsrat behandelt werden. Im Dezember reichte Heidi Mück einen Antrag zur Verkürzung der Frist für die Anmeldung von Kundgebungen ein. Diese wurde erfolgreich (!) an den Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen.

Ende 2021 mussten sich alle Mitglieder der Fraktion an die engen Platzverhältnisse im Rathaus (wieder)gewöhnen. Auch wenn nur für kurze Zeit, es war toll auszuprobieren, wie ein normaler Ratsbetrieb zu normalen Zeiten aussehen konnte.

Patrizia Bernasconi, Grossrätin BastA!

4. BERICHT AUS DEM EINWOHNERRAT RIEHEN

Die Politik in Riehen bescherte uns auch 2021 – nicht wirklich überraschend – vor allem eines: Enttäuschungen. Sowohl der Gemeinderat als auch der Einwohnerrat sind zu fest in bürgerlicher Hand. Basta!/Grüne haben jeweils lediglich einen Sitz im 40-köpfigen Parlament und sind der EVP-Fraktion angeschlossen.

Kernthemen des Einwohnerrates waren wiederum die kommende Reorganisation der Gemeinde und die geplante Überbauung des Stettenfeldes, der grössten Baureserve des ganzen Kantons. Obwohl die Dorfbevölkerung stetig wächst, ein Investitionsstau im Bereich Infrastruktur herrscht (Stichworte: fehlende Schulräume/Turnhallen etc) und die Budgets der nächsten Jahre tiefrot sind, hatte eine Motion, die ein Moratorium forderte, keine Chance. Wenn dieses Generationenprojekt nicht gestoppt werden kann, muss es zwingend etappiert, ökologisch und mit einem angemessenen Anteil an erschwinglichem Wohnraum umgesetzt werden. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall werden weitere Vorstösse folgen.

Einsames Highlight des Berichtsjahres war die Motion von Noé Pollheimer, die das aktive Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren in kommunalen Angelegenheiten forderte. Gegen den Willen des Gemeinderates und der SVP wurde sie am 26. Mai 2021 überwiesen!

Die grösste Enttäuschung ereignete sich an der Einwohnerratssitzung vom 21. September, als die von Basta! Einwohnerrat Mike Gosteli angeregte und von 14 Einwohnerrat*innen unterzeichnete Motion Spring vom Gemeinderat eine Detailuntersuchung der Altlasten im Maienbühl forderte. Eine geschlossene rechtsbürgerliche Mehrheit aus SVP, CVP, FDP und LDP im Einwohnerrat verhinderte durch den Stichtscheid des Einwohnerratspräsidenten die Überweisung an die Gemeindeexekutive. In der Folge entstand ein breit abgestütztes Initiativkomitee (präsiert von Paul Spring und Mike Gosteli), welches die Sanierung der Deponie Maienbühl fordert.

In Erinnerung bleiben wird zum Schluss auch die Referendumsabstimmung vom 26. September 2021 zur Neugestaltung des Friedhofsvorplatzes beim Hörnli. 48 Parkplätze sollten 16 zusätzlichen Bäumen weichen – für Riehen ein Sakrileg! Der Gemeinderat war geschlossen für das Referendum gegen den Parkplatztod. Mike

Gosteli engagierte sich als einer von wenigen Einwohnerrät*innen an vorderster Front für mehr grün – letztlich vergeblich. Die Stadt lehnte das Referendum zwar knapp ab, mit der Zweidrittelmehrheit von Riehen reichte es jedoch trotzdem.

Mike Gosteli, BastA! Einwohnerrat Riehen

BastA!

Basels starke Alternative

Rebgasse 1, Postfach

4005 Basel

Tel.: 061 / 691 16 31

sekretariat@basta-bs.ch

www.basta-bs.ch

PC 40-31244-5